

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

9 (27.2.1947)

BADISCHE Volksstimme

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 9

Mannheim, 27. Februar 1947

Preis 10 Pfg.

Ueber Zonengrenzen hinweg: Sozialistische Einheit

Bildung einer Arbeitsgemeinschaft aller sozialistischen Parteien Deutschlands

Am 14. Februar 1947 fand in Berlin eine Beratung zwischen dem Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und den Vertretern der KPD in den westlichen Besatzungszonen statt.

Die Beratung würdigte den außerordentlichen Ernst der innen- und außenpolitischen Situation Deutschlands und unterstrich angesichts der bevorstehenden Moskauer Konferenz die Bedeutung des Kampfes um die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Es wurde für unumgänglich notwendig gehalten, schnellstens eine enge Zusammenarbeit aller sozialistischen Parteien in ganz Deutschland herzustellen und die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung über die Zonengrenzen hinweg einzuleiten. Dies ist der einzige Weg, der aus der nationalen Katastrophe herausführt. Es ist auch der einzige Weg, der dem deutschen Volk die Aussicht auf Erhaltung seiner Existenz bietet und Deutschland den Frieden mit der Welt und eine bessere Zukunft sichert.

Die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung ist nicht möglich auf der Grundlage der alten Po-

litik sowohl der SPD als auch der KPD. Die geschichtlichen Erfahrungen und die neuen Bedingungen in Deutschland erfordern eine neue Grundlage, wie sie in den Grundsätzen und den Zielen und in der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geschaffen worden ist. Nur so kann auch die Einheit der Arbeiterbewegung in West- und Süddeutschland verwirklicht werden.

Um eine der Voraussetzungen für die Bildung einer einheitlichen sozialistischen Partei in ganz Deutschland zu schaffen, haben die Vertreter der Zonenleitungen der Kommunistischen Partei dem Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei vorgeschlagen, eine Arbeitsgemeinschaft beider Parteien zu bilden. Der Parteivorstand hat diesem Vorschlag zugestimmt.

Zur Leitung der Arbeitsgemeinschaft wurde ein Ausschuss gebildet, dem angehören: vom Parteivorstand der SED: Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Max Fechner, Walter Ulbricht, Franz Dählem, Erich Gniffke, Käthe Kern, Ely Schmidt.

Von der Zonenleitung der KPD der britischen Besatzungszone: Max Reimann, Kurt Müller, Gustav Gundelach, Hanna Melzer.

Von der Zonenleitung der KPD in der amerikanischen Besatzungszone: Albert Buchmann, Fritz Sperling, Walter Fisch, Erika Buschmann.

Die Vertreter der KPD in der französischen Besatzungszone werden noch genannt.

Die Arbeitsgemeinschaft wird in Berlin ein zentrales Büro und am Sitze der Zonenleitung der Kommunistischen Partei Verbindungsbüros einrichten.

Die Arbeitsgemeinschaft ruft alle Werktätigen, insbesondere die Arbeiter auf, sich für die Einheit der Arbeiterbewegung, durch die Schaffung einer einheitlichen sozialistischen Partei in ganz Deutschland einzusetzen, und so die Spaltung der Arbeiterbewegung für immer zu überwinden.

Berlin, 14. Februar 1947.

Partei Vorstand der SED:

Wilhelm Pieck — Otto Grotewohl

Für die KPD in der britischen Zone:

Max Reimann — Kurt Müller

Für die KPD in der amerikanischen Zone:
Fritz Sperling — Walter Fisch.

10. März — Moskauer Konferenz

10 Antworten Otto Grotewohls auf 10 Fragen des Vertreters der „Neuen Zeitung“ München

Das in München erscheinende Blatt „Neue Zeitung“ veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 3. Februar 1947 eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der SED, Otto Grotewohl. Wir geben dieses Interview vollinhaltlich wieder.

1. Frage: „Halten Sie einen Friedensstatus oder einen Friedensvertrag mit Deutschland für zweckmäßig?“

„Einen Friedensvertrag!“

2. Frage: „Ist die innerpolitische Entwicklung Deutschlands für eine Vertretung ganz Deutschlands in Moskau reif?“

„Ja.“

3. Frage: „Wie müßte sich die deutsche Delegation zusammensetzen?“

„Deutsche Friedensunterhändler müssen das Vertrauen der antifaschistischen Parteien besitzen. Die Annahme des Vorschlages des stellvertretenden russischen Außenministers Gusew würde die Möglichkeit schaffen, die Friedensdelegation aus Vertretern einer deutschen Zentralregierung zusammenzusetzen.“

4. Frage: „Wären Sie bereit, als Führer Ihrer Partei einen nach Ihrer Ansicht ungebührlich harten Friedensvertrag zu unterschreiben?“

„Die Unterzeichnung eines Friedensvertrages muß von allen Parteien erfolgen, wenn die Bedingungen trotz ihrer zu erwartenden Härte den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zulassen.“

5. Frage: „Welchen Standpunkt würden Sie als deutscher Politiker zur Frage der Reparationen in Moskau einnehmen?“

„Reparationen sollten nur aus den Erträgen der Wirtschaft geleistet werden.“

6. Frage: „Würden Sie eine Revision des alliierten Industrieplanes vorschlagen?“

„Ueber die Notwendigkeit einer Revision des alliierten Industrieplanes besteht kaum noch eine Meinungsverschiedenheit. Die Ermöglichung einer über diesen Plan hinausgehenden Steigerung der Industrielleistung ist erforderlich, wenn Wiedergutmachung und Wiederaufbau durchgeführt werden sollen.“

7. Frage: „In welcher Weise würden Sie in der Ruhrfrage für Deutschland plädieren?“

„Die kompromißlose Demokratisierung und Verstaatlichung der industriellen Großbetriebe sind notwendig, um eine Gewähr für die Verhinderung künftigen Rüstungsmissbrauchs der Ruhrindustrie zu schaffen. Die wirtschaftliche Auslastung des Ruhrgebietes zugunsten des Nachbarvölker könnte durch internationale Wirtschaftsabkommen sichergestellt werden.“

8. Frage: „Welchen Vorschlag würden Sie zur Aenderung der deutschen Grenzen unterbreiten?“

„Die Potsdamer Beschlüsse, die die gegenwärtige Ostgrenzenregelung als vorläufig bezeichnen, bilden eine gute Grundlage für die Friedensregelung. Wir erwarten keine Verschlechterung der Potsdamer Abmachungen und eine Verständigung über die endgültigen Ostgrenzen.“

9. Frage: „Für welche Form einer deutschen Zentralregierung treten Sie ein? Welche Grenzen müssen ihre Machtbefugnisse gegenüber den einzelnen Ländern haben?“

„Unser Eintreten für den Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung ist bekannt.“

10. Frage: „Wie soll die Kontrollbefugnis der Besatzungsmächte nach Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland eingeschränkt werden?“

„Auf die Kontrolle der deutschen Regierungen.“

Gegen die sozialistische Tradition

Dr. Schumacher und der staatliche Aufbau Deutschlands

Dr. Schumacher, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, hat in jüngster Zeit mehrfach zum Problem des künftigen Staatsaufbaus Deutschlands Stellung genommen. Er hat damit eine Frage berührt, die mit dem Nahkommen der Moskauer Konferenz mehr und mehr in den Vordergrund des öffentlichen Interesses rückt und zu der somit alle Parteien ihren Standpunkt bezogen haben.

Auf seiner Pressekonferenz am 28. Januar in Berlin erklärte Dr. Schumacher wörtlich: „Der Weg zu einer deutschen Regierung geht von den Ländern zum gesamten Deutschland. Wenn als Oberhaus ein Senat oder Bundesrat, als Unterhaus ein Reichstag geschaffen wird, so kann der Reichstag und das gesamte Deutschland niemals durch die Kompetenzen der Länder geformt werden, sondern nur durch den direkten Willen des Volkes.“

Es ist offensichtlich, daß diese beiden Sätze im direkten Widerspruch zueinander stehen: Man kann nicht auf der einen Seite erklären, der Weg zu einer deutschen Regierung müsse über die Länder gehen, und auf der anderen Seite glauben, der Reichstag, dessen ausführendes Organ die deutsche Regierung ist, könne durch den direkten Willen des Volkes geformt werden. Die Widersinnigkeit liegt auf der Hand.

Aber mehr noch. Mit welcher Begründung fordert Dr. Schumacher neben dem Reichstag als Wil-

lensträger des deutschen Volkes ein „Oberhaus“? Hat der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Dr. Schumacher, weniger gesunden Menschenverstand als der preußische Hofhistoriograph v. Treitschke, der bereits im Jahre 1867 über das preußische Oberhaus sagte:

„Einem kräftigen Staate steht es recht übel an, diese verdutzte und entwürdigte Versammlung als ein totes Glied am Leibe fortzuschleppen, eine allgemein für notwendig erachtete Reform wie die Zahlung eines bösen Wechsels immer wieder hinauszuschieben. Die Fortdauer des Herrenhauses gefährdet den festen und folgerechten Gang der Gesetzgebung.“

Und eine solche Institution, die selbst der reaktionäre Geschichtsschreiber von Treitschke schon 1867 als „totes Glied am Leibe“ bezeichnete, will Dr. Schumacher im Jahre 1947 wieder erstehen lassen?

Welchen Zweck soll dieser Bundesrat in einem demokratischen Deutschland erfüllen? Mit welcher Begründung sollte neben den gewählten Vertretern des Volkes eine Körperschaft bestehen, die von vornherein nichts anderes sein könnte als ein Werkzeug der Reaktion mit der Aufgabe, fortschrittliche Gesetze zu verschleppen und Hemmschuh der geschichtlichen Entwicklung unseres Volkes zu sein? Wer will sich in einem demokratischen Deutschland das Recht anmaßen, den Entscheidungen der Volksvertretung die Anerkennung zu verweigern?

Gläubt Dr. Schumacher mit seinem Vorschlag eines Zweikammersystems in Deutschland, den heute in einigen Teilen Deutschlands sichtbaren partikularistischen Tendenzen eine Verbeugung machen zu müssen? Ist er sich dessen bewußt, daß er damit gegen die heiligsten Traditionen der Arbeiterbewegung verstößt? Hat er vergessen, daß die Sozialdemokratische Partei seit ihrer Gründung ununterbrochen einen entschiedenen Kampf gegen das Zweikammersystem, für eine starke und souveräne Volksvertretung geführt hat? Kennt er die leidenschaftlichen Reden nicht in denen Wilhelm Liebknecht und August Bebel die Abschaffung der Zweiten Kammer forderten? Ist es notwendig, ihm die Worte Friedrich Engels ins Gedächtnis zu rufen, der von der Reichsverfassung des Jahres 1871 sagte, sie sei Bismarck „auf dem Leib zugeschnitten“ und der schrieb:

„Der Reichstag war die einzige Körperschaft, die in Wirklichkeit die neue „Einheit“ darstellte. Je schwerer die Stimme des Reichstages wog, je freier die Reichsverfassung war gegenüber den Landesverfassungen, desto fester mußte sich das neue Reich ineinanderfügen, desto mehr mußte der Bayer, der Sachse, der Preuße aufgehen in dem Deutschen. . . . Sonach hat Bismarck seine Hauptstütze gesucht nicht im Reichstag, der die nationale Einheit, sondern im Bundesrat, der die partikularistische Zersplitterung vertritt.“

Und einen solchen Bundesrat wollen Sie, Herr Schumacher, nach all den blutigen Erfahrungen der deutschen Geschichte, im Jahre 1947 neu erstehen lassen? Mit Sozialismus hat eine solche Forderung nichts gemein, dessen können Sie gewiß sein.

Warum ist ein Kommunist in der Regierung?

Arbeitsminister Kohl gibt in diesen Wochen allen größeren badischen und württembergischen Leuten einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit seines Ministeriums. In Bruchsal hörten ihn 200 Menschen. In Mannheim führte er u. a. folgendes aus:

„Wir Kommunisten sind in der Regierung, um dem arbeitenden Volke zu helfen. Durch unsere Politik beweisen wir, daß uns das Wohl des Volkes im Herzen liegt. Opposition ist der bequemere Teil der Politik; jedoch sind wir mit der Regierung in einer Form verheiratet. Wenn die Politik der Regierung untragbar für das arbeitende Volk wird, sind wir auch bereit, in die Opposition zu gehen, solange jedoch noch die Möglichkeit besteht, innerhalb der Regierung für den Fortschritt und Aufbau und für das Wohl der Massen zu wirken, werden wir das tun.“

„Es geht auch ohne die sogenannten „unentehrlichen Fachleute“ und ohne den berühmten „Mist“, sagte Genosse Kohl weiter. Das habe ich bei der Tätigkeit des württembergisch-badischen Arbeitsministeriums erwiesen. Er kündigte an, daß in kurzer Zeit

ein neues Betriebsrätegesetz

von ihm vorgelegt wird. Durch dieses Betriebsrätegesetz wird das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben, wie es bereits in der Verfassung gefordert wird, gesichert.

Die nächsten Wochen werden auch ein

Wiedergutmachungsgesetz

bringen, durch das den geschädigten Juden sowie auch den Arbeiterorganisationen und Parteien ihr geraubtes Vermögen zurückgegeben wird.

Die Reform der Sozialversicherung

st auf den Widerstand reaktionärer Ärztekreise gestoßen, die sich gegen die Vereinheitlichung der Sozialversicherung und gegen die Heraufsetzung der Einkommensgrenze für die Versicherung wenden. Es gibt aber auch genügend fortschrittlich

eingestellte Aerzte, die ihre Aufgaben in erster Linie darin sehen, der notleidenden Menschheit zu helfen und die deshalb eine Reform der Sozialversicherung begrüßen.

Die Leistungen an Körperbehinderte

aufgrund des erlassenen Gesetzes sind ungenügend und es muß eine Verbesserung derselben erreicht werden. Insbesondere wird die Herabsetzung der Erwerbsbeschränkung von 40 auf 30 Prozent und die Festsetzung eines Jahresverdienstes von 2400 Mark als Grundlage der Rentenberechnung angestrebt.

Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung

Die vom Arbeitsministerium veranlaßte Freigabe der Gelder aus der Arbeitslosenversicherung durch die Militärregierung ermöglichte die Zahlung von Unterstützungen bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit durch Strom- und Kohlenmangel. Die Bauarbeiter erhalten bei Arbeitsausfall durch Schlechtwetter 60 Prozent des Lohnausfalls vergütet.

Die Industrie- und Wirtschaftskammern, erklärte Minister Kohl, dürfen nicht die verbotenen Unternehmerorganisationen ersetzen. Es muß die Errichtung von Wirtschaftskammern verlangt werden, in denen Arbeitnehmer, Unternehmer und die zuständigen Behörden gleichermaßen vertreten sind.

Reaktionäre Elemente

wollen den Fall Maier — Simpfendorfer ausnutzen, um den einzigen kommunistischen Minister aus der Regierung auszuschalten. Die Kommunistische Partei war die einzige Partei, die bereits bei der Regierungsbildung erklärt hat, daß sie die Haltung von Maier und Simpfendorfer anlässlich der Abstimmung im Jahre 1933 nicht billige.

„Geschenkt wird uns nichts! Alles muß erkämpft werden!“ rief der Minister aus. „dabei muß das gesamte schaffende Volk mithelfen. Das Arbeitsministerium ist das Ministerium der Arbeiter und Angestellten und soll es auch bleiben.“

Betriebsgruppen-Konferenz der KPD Nordbaden

Die Betriebsgruppenkonferenz der KP Nordbaden am 23. Februar in Heidelberg beschäftigte sich eingehend mit dem Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft. Das Betriebsrätegesetz, das das Recht der Arbeiterschaft auf Mitbestimmung im Betrieb nicht eindeutig festlegt, wurde einer eingehenden Kritik unterzogen. Die Delegierten waren der einmütigen Auffassung, daß dieses Mitbestimmungsrecht erkämpft werden muß, wenn in Deutschland ein wirklich demokratisches System aufgebaut werden soll.

Mit besonderer Genugtuung wurde zur Kenntnis genommen, daß die Kommunistische Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf ausarbeiten wird, der den selbstverständlichen demokratischen Forderungen der Arbeitnehmer gerecht wird. Es wird sich dabei zeigen, ob die Parteien im Landtag bereit sind, nicht nur mit Worten, sondern in der Tat für die Interessen der Arbeiter und Angestellten einzutreten.

In Bezug auf das Leistungsgesetz für Körperbehinderte brachte die Konferenz erneut den Standpunkt zum Ausdruck, daß die Renten ungenügend sind. Die Forderungen der KPD, der Rentenberechnung einen höheren Jahressatz (jetzt 1800 Mark) zugrunde zu legen, wurde erneut unterstrichen.

Mit dem Appell an die Delegierten, ihre ganze Kraft für die Interessen der Arbeiterklasse einzusetzen und unermüdet an der Demokratisierung der Wirtschaft mitzuarbeiten, wurde die Konferenz geschlossen.

Im Dienst des Volkes

sind die Kommunisten ohne alle Vorbehalte und ohne beschränkte Sonderinteressen unermüdet tätig. Auf Antrag der Kommunistischen Fraktion hat der Mannheimer Stadtrat in seiner letzten Sitzung eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die zum Nutzen der gesamten Bevölkerung sind.

Im Stadtteil Schönau wurde der Errichtung einer Nebenstelle des Ernährungsamtes zugestimmt, so daß den werktätigen Bewohnern dieser Siedlung nunmehr der Bezug ihrer Lebensmittelkarten wesentlich erleichtert ist.

Im Sandtorfer Bruch drohten nicht weniger als 60 ha Land zu versumpfen, weil engstirnige Bürokraten die Verantwortung von einer Stelle auf die andere schoben und so verhinderten, daß etwas geschah, um dieses Gelände zu entwässern. Auf Antrag der Kommunisten bewilligte der Stadtrat die erforderlichen Geldmittel und in der letzten Sitzung konnte berichtet werden, daß die Pumpen seit Anfang dieses Monats laufen und bereits eine Herabsetzung des Wasserspiegels bemerkbar ist. 60 ha Land werden damit wieder der Ernährung der Mannheimer Bevölkerung nutzbar gemacht.

Der Antrag der Kommunisten auf Einführung eines Umsteigefahrplans bei der Mannheimer Straßenbahn wurde abgelehnt. Dagegen wurde ein weiterer Antrag auf Erhöhung der Einkommensgrenze für die Berechtigung zum Bezug von Berufsfahrtschein bei der Straßenbahn dem Straßenausschuß zur Behandlung zugewiesen, und es ist zu hoffen, daß dieser Forderung alle Fraktionen zustimmen werden.

Einem dringenden Bedürfnis entspricht auch der Antrag der Kommunisten auf Lernmittelfreiheit in den Mannheimer Schulen. Es sollte dies eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, und die werktätige Bevölkerung erwartet, daß der Stadtrat zu einem einstimmigen Beschluß hierüber kommt.

Die Kommunisten kennen die täglichen Nöte und Sorgen des schaffenden Volkes und sind ohne Unterlaß bemüht, den Grundsatz zu verwirklichen:

Alles für das Volk, alles mit dem Volk!

Was wird aus Deutschland?

Um die künftige Reichsverfassung

Das ganze deutsche Volk muß ein Interesse daran haben, ein neues Deutschland aufzubauen, führte Gen. Dr. Agricola in einer öffentlichen Versammlung der Kommunistischen Partei Mannheim aus. Diejenigen Teile unseres Volkes, die vor 1933 und nach 1933 das Hitlersystem bekämpft haben, müssen heute die Führung im demokratischen Staate bekommen und nicht diejenigen, die 1933 weichen geworden sind und in der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz das kleinere Uebel gesehen haben.

Auf die Moskauer Konferenz eingehend sagte Dr. Agricola, daß wir bereit sind, Wiedergutmachung zu leisten, daß uns aber unsere industrielle Kapazität erhalten bleiben muß. Das deutsche Volk muß durch seine berufenen Vertreter, Parteien und Gewerkschaften die Möglichkeit haben, in Moskau gehört zu werden. Wie der Friedensvertrag ausfallen wird, das hängt davon ab, welche Garantien wir dafür geben, daß Deutschland nicht wieder ein aggressiver, imperialistischer Staat wird.

Der Entwurf der SED für eine Reichsverfassung bildet eine gute Grundlage für eine wirklich demokratische Entwicklung in Deutschland. Dieser Entwurf bestimmt, daß alle Macht vom Volke ausgeht und daß das gewählte Parlament die oberste Instanz in Deutschland ist. Kein § 48, keine zweite

Kammer, Enteignung der Kriegsverbrecher und Durchführung einer wirklichen Bodenreform, diese Forderungen des Verfassungsentwurfs kann jeder fortschrittliche demokratisch eingestellte Deutsche unterstützen.

Der Redner begrüßte die Arbeitsgemeinschaft der SED und der Kommunistischen Partei als einen Schritt auf dem Wege zur Herstellung der Arbeitereinheit. Er forderte die Herbeiführung einer Arbeitsgemeinschaft auch mit der Sozialdemokratie und betonte zum Schluß, daß wir eine einheitliche Arbeiterpartei brauchen. Wir wünschen ferner, daß uns der kommende Friedensvertrag die Möglichkeit gibt, ein selbständiges souveränes Volk in einem einheitlichen Deutschland zu werden.

Frau Luise Schmitt begrüßte in der Diskussion den Verfassungsentwurf der SED, der zum ersten Male die volle politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau vorsieht. Den Standpunkt der Jugend brachte der Jugendliche Nau zum Ausdruck, der feststellte, daß die 4 Grundrechte der Jugend, die politischen Rechte, das Recht auf Bildung, das Recht auf Freude und Frohsinn in dem Verfassungsentwurf der SED enthalten sind.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei für ganz Deutschland gefordert wird.

Deutschland RUNDschau

Aus aller Welt

© Zum Feinde der USA sollen nach einem Gesetzesentwurf eines Abgeordneten im Repräsentantenhaus alle Mitglieder der Kommunistischen Partei und alle, welche kommunistische Ziele unterstützen, erklärt werden. Im „demokratischen“ Amerika soll demnach den Kommunisten sogar verboten werden, bei Wahlen zu kandidieren.

© Die Sozialistische Partei Ungarns will ihr Bündnis mit der Kommunistischen Partei noch enger gestalten und noch energischer als bisher an der Festigung der Beziehungen zur Sowjetunion arbeiten, erklärte der Führer der Sozialistischen Partei Ungarns auf dem Parteitag der Sozialisten.

© Nazi-Diplomaten führen in Japan, wo sie auf ihre Rückführung nach Deutschland warten, ein Luxusleben. Sie erhalten von der japanischen Regierung monatlich 22,5 Pfund Fleisch, 15 Pfund Butter, einen Sack Mehl, 60 Büchsen Konserven, 40 Pfund Zucker, eine tägliche Ration von frischem Gemüse, Kartoffel und Fisch und große Mengen an Zigaretten, Alkohol und Seife.

© Unabhängige Republik Indien forderten die Abgeordneten der indischen Konstituierenden Versammlung. Durch ihre Zustimmung zu einer Entschließung Pandit Nehrus.

© Der tschechoslowakische Ministerpräsident Gottwald antwortete auf die Frage des Korrespondenten einer englischen

Zeitung, ob er an den Erfolg der Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands glaube:

„Ja, ich glaube daran, wenn die Voraussetzung dafür gegeben ist, daß die Entnazifizierung und Demokratisierung mit fester Hand und konsequent durchgeführt werden. Ich möchte die Worte fest und konsequent betonen, denn es geht in der Tat um eine große und schwierige Aufgabe, deren Durchführung Zeit erfordert.“

© Hilfe für Notstandsarbeiter fordert die Kommunistische Landtagsfraktion Württemberg-Baden durch folgenden Antrag:

„Für die infolge der Betriebsstillegungen bei Notstandsarbeiten eingesetzten Arbeitskräfte wird ein Zuschuß aus Staatsmitteln gewährt, um die Differenz zwischen dem Lohn Einkommen der Notstandsarbeiter und dem bisher in 48stündiger Arbeitszeit erreichten Durchschnittsverdienst auszugleichen.“

© 11 603 Betriebsvereinbarungen über das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Fragen der Produktion und der Arbeitsbedingungen wurden bisher in der sowjetischen Besatzungszone auf der Grundlage des Betriebsrätegesetzes des Kontrollrates abgeschlossen. Damit wurden erst in 25 Prozent der Betriebe solche Betriebsvereinbarungen abgeschlossen. Dennoch haben dadurch weit über die Hälfte der in der Zone beschäftigten Arbeiter und Angestellte das betriebliche Mit-

bestimmungsrecht errungen. In ganz Deutschland, in Ost und West, in allen Zonen und auch bei uns lautet die Parole: „Betriebsvereinbarungen über das Mitbestimmungsrecht in allen Betrieben.“

© Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in der Sowjetzone beträgt 3 500 000, in der britischen Zone 1 700 000, in der amerikanischen Zone 1 000 000 und in der französischen Zone 250 000. In der US-Zone sind 25 Prozent derer erfaßt, die in die Gewerkschaften gehören. Verhältnismäßig am stärksten sind die Eisenbahner, die Post, die Metallarbeiter, das Baugewerbe und die chem. Industrie gewerkschaftlich organisiert.

© Die Zahl der deutschen Einwohner beträgt nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 65 283 999. Davon sind 29 313 853 Männer und 36 597 146 Frauen. Der Frauenüberschuß in Deutschland beträgt 7 283 293.

In der sowjetischen Besatzungszone 17 313 581 Einwohner, davon 7 409 988 Männer und 9 903 593 Frauen.

In der amerikanischen Besatzungszone 16 682 573 Einwohner, davon 7 553 714 Männer und 9 128 859 Frauen.

In der britischen Besatzungszone 22 794 655 Einwohner, davon 10 426 743 Männer und 12 367 913 Frauen.

In der französischen Besatzungszone 5 939 807 Einwohner, davon 2 632 807 Männer und 3 306 951 Frauen.

In Berlin 3 180 383 Einwohner, davon 1 290 553 Männer und 1 889 836 Frauen.

Mehr Papier für die Presse des Volkes!

Freiheit des Wortes und der Schrift, Pressefreiheit, ist einer der ersten Grundsätze der Demokratie überhaupt. Pressefreiheit, das heißt, daß in allererster Linie die politischen Parteien Gelegenheit haben, zu allen Lebensfragen des gesamten deutschen Volkes Stellung zu nehmen, ihren Standpunkt zu präzisieren und ihre Anhänger, ihre Wähler und die gesamte Öffentlichkeit mit ihren Ansichten und Vorschlägen vertraut zu machen.

General Clay hat, im Gegensatz zu übereiligen deutschen Stellen, sich durchaus positiv zur Frage der Zulassung von Parteizeitungen in der US-Zone geäußert. Lediglich wegen der Schwierigkeiten in der Papierproduktion kann diese Zulassung noch nicht gewährt werden.

Die Kommunistische Partei ist von der Auswirkung dieser vorläufigen Ablehnung am schwersten getroffen. Bei allen übrigen Parteien fällt dies nicht so sehr ins Gewicht, da in der sogenannten überparteilichen lizenzierten Presse diese Parteien sehr stark vertreten sind, während es nur ganz wenige kommunistische Redakteure gibt. Die sogenannte überparteiliche lizenzierte Presse hat sich in zwei Richtungen entwickelt. Sie vertritt z. T. jenen farblosen Generalanzeigerstil, den wir aus der Zeit von vor 1933 zur Genüge kennen, während eine andere Gruppe von Zeitungen bereits eindeutig zu Parteiorganen der einzelnen Parteien geworden sind. Nur ganz wenige Blätter versuchen, die immer wieder marktschreierisch angepriesene „Objektivität“ auch gegenüber der Kommunistischen Partei zu wahren. Die allgemeine Praxis beweist, daß man nicht gewillt ist, die großartige Versicherung, „allen Kräften offen zu stehen“, auch auf die Kommunistische Partei anzuwenden.

Die Papierknappheit bringt auch große Schwierigkeiten für unsere leider bisher nur im Kleinformat gestattete „Badische Volksstimme“ mit sich. Wir bitten deshalb alle unsere Freunde und Leser, uns durch Lieferung von Altpapier zu unterstützen. Wir bitten unsere Freunde an allen Orten, eine Sammelaktion von Altpapier für die „Badische Volksstimme“ durchzuführen. An jedem Ort eine Sammelstelle von Altpapier für die „Badische Volksstimme“! Wir sind gerne bereit, das gesammelte Altpapier bei unseren Freunden und Lesern abzuholen.

Die „Badische Volksstimme“ ist trotz des ihr vorgeschriebenen Kleinformates zu einem der beliebtesten und meistgelesenen Blätter in unserem Gebiet geworden. Die „Badische Volksstimme“, das Wochenblatt der Kommunistischen Partei, sitzt heute als Untermieter in völlig ungenügenden Räumlichkeiten in einem Haus, das der Kommunistischen Partei 1933 durch das Hitler-System genommen wurde.

Der durch die 1933 erfolgte Beschlagnahme der Zeitungen und Druckereien der KPD geschaffene Rechtszustand ist auch heute noch in Kraft. Der Kommunistischen Partei stehen somit nur unzureichende Mittel zur Darlegung ihrer Politik in der

Oeffentlichkeit zur Verfügung. Auch die Druckereimaschinen, auf denen die „Arbeiterzeitung“ der Kommunistischen Partei bis 1933 gedruckt wurden, hat der Badische Staat 1933 beschlagnahmt, und dann weiterveräußert. Wir fordern, daß der Landtag schleunigst ein Wiedergutmachungsgesetz verabschiedet, das der Kommunistischen Partei schnellstens ihren rechtmäßigen Besitz wieder zurückgibt.

Mag die Aufrechterhaltung des Systems der lizenzierten Presse auch im Interesse der anderen Parteien, insbesondere der CDU liegen, so bedeutet Pressefreiheit doch, daß die Kommunistische Partei, die konsequenteste der demokratischen Parteien, eine eigene Parteizeitung von ausreichendem Format und ausreichender Auflage erhält, damit sie ihre Politik in der Öffentlichkeit vertreten kann.

Sammelt Altpapier für die Badische Volksstimme

Wir benötigen dringend Altpapier, um weiter bestehen zu können. Bitte teilen Sie uns mit, wieviel wir bei Ihnen abholen können! Unsere Adresse: Badische Volksstimme, Mannheim, S 3, 10. Tel. 432 60

„Die KPD klagt an!“ Verbrecher im Dienst der Behörden

Als die kommunistische Partei lange vor der Wahl auf die skandalösen Lebensmittelkartendiebstähle und Schiebungungen bei den Mannheimer Behörden hinwies, erhob nicht nur der Herr Präsident Keitel in Karlsruhe, sondern auch der Herr Gutsbesitzer und Ernährungsminister Dr. Dietrich im Rundfunk wie in der Presse ein großes Geschrei, als hätte man sie an der Ehre angegriffen. Sie bagatelisierten die gesamten Vorkommnisse und sprachen davon, daß die aufgedeckten Verfehlungen ganz unbedeutend seien.

Der neueste Fall in der Reihe der vielen Diebstähle und Unterschlagungen beim Ernährungsamt Mannheim ist der eines gewissen

Diatzek

der auch unter dem Namen Willi Scholz, Mannheim, S 6, 13, bekannt ist. Wir sind heute in der Lage, der Öffentlichkeit einige interessante Tatsachen zu unterbreiten.

Bereits im Oktober 1946 wurde die Spruchkammer Mannheim von einem Mitglied des Ausschusses der politischen Parteien über die Person dieses Berufsverbrechers informiert und das Ersuchen gestellt, den Fragebogen dieses „Ehrenmannes“ genau zu überprüfen.

Geschehen ist nichts

Hätte damals die Spruchkammer, wie auch die in Frage kommenden Behörden, pflichtgemäß die

Gedenktage DER WOCHE

- 27. 2. 1936 J. P. Pawlow, russ. Physiologe, gest.
- 1933 Göring läßt den Reichstag in Brand stecken.
- 1925 Friedrich Ebert gest.
- 1846 Franz Mehring in Schlawe geb.
- 28. 2. 1933 Beginn des faschistischen Massenterrors in Deutschland, Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin durch SA und Polizei.
- 1. 3. 1919 Gründung der 3. Internationale.
- 1886 Oskar Kokoschka, Maler und Graphiker, geboren.
- 2. 3. 1941 Bulgarien wird zum Aufmarschgebiet deutscher Armeen.
- 1938 Pastor Niemöller aus der Haft ins Konzentrationslager überführt.
- 3. 3. 1933 Ernst Thälmann verhaftet
- 1918 Unterzeichnung des Gewaltfriedens von Brest-Litowsk.
- 4. 3. 1923 Wirtschaftsrat des allrussischen Gewerkschaftsbundes übersendet deutschen Ruhrarbeitern 500 000 Pud (8 190 000 kg) Brotgetreide.
- 1852 Nik. Gogol, russ. Schriftsteller, gest.
- 5. 3. 1933 Trotz schärfstem Wahlterror erhalten die beiden Arbeiterparteien über 12 Millionen Stimmen (Reichstagswahl).
- 1871 Rosa Luxemburg geb.
- 1827 Laplace, franz. Math. u. Astronom, gest.

Sache nachgeprüft, so wäre es nicht möglich gewesen, diesen ehemaligen DAF-Inspektor, der im dritten Reich schon ein Monatsgehalt mit 800,- RM bezog, ausgerechnet beim Ernährungsamt einzustellen.

Was hat die Spruchkammer auf die damalige Anzeige hin unternommen? Oder will sie, wie in anderen Fällen, sich heute dahinter verschanzten, es sei ihr eine solche Anzeige nicht zugegangen?

Wir stellen eindeutig fest, daß es diesem Mann, der wegen krimineller Delikte im KZ war, niemals möglich gewesen wäre, ein Amt bei der Stadt zu ergaunern und den guten Ruf der politisch Verfolgten in den Schmutz zu ziehen, wenn nicht auf Betreiben der Stadtverwaltung selbst die Hilfsstelle für politisch Verfolgte aufgelöst und damit die einzige Stelle beseitigt worden wäre, die in der Lage war, die Richtigkeit seiner Angaben zu überprüfen. Bürokraten sind nämlich dazu nicht in der Lage! Wir erheben in diesem Zusammenhang die dringende Frage: „Wer hat Scholz alias Diatzek das Prädikat „Politisch Verfolgter“ ausgestellt und seine Einstellung bei der Stadt empfohlen?“

Sind heute der Herr Präsident Keitel und der Herr Ernährungsminister Dr. Dietrich immer noch der Auffassung, daß die Kommunisten mit den erhobenen Vorwürfen unrecht hatten?

Direktor Schmidt vom Waldhofkonzern soll weißgewaschen werden

Schon seit Monaten wird bei uns „entnazifiziert“. Es fehlt nicht an Ausschüssen, an endlosen Diskussionen und eine Sitzung jagt die andere. Von einer

wirklich durchgreifenden politischen Säuberung

in Wirtschaft und Verwaltung kann indessen noch lange nicht die Rede sein. Vielmehr ist das, was hier „Entnazifizierung“ genannt wird, nichts anderes, als eine Art politischer Katzenwäsche für mehr oder minder belastete Nazis, und dient dem Zweck, den Vertretern einer verhängnisvollen Vergangenheit wieder in den Sattel zu verhelfen. Schon mehrmals stellten wir unsern Lesern als einen solchen Vertreter den

Direktor Dr. Erwin Schmidt vom Waldhof-Konzern

vor. Von seinen rednerischen Leistungen im dritten Reich und seinen Verherrlichungen des „glorreichen“ Führers möge noch einmal folgende von ihm wörtlich gehaltene Rede auszugsweise der Öffentlichkeit unterbreitet werden:

„Als der Nationalsozialismus das Reich wieder aufrichtete, war es klar, daß dieses eine dauernde Beherrschung inmitten seines Lebensraumes nicht dulden konnte. . . . Wie unser Führer diese Anschläge zunichte machte, die feindliche Festung ohne Schwertstreich zerbrach und damit eine Millionenarmee völlig entwaffnete, das ist die stolze Vergangenheit dieses Frühjahres, die wir alle bewegten Herzens erlebten. Welch ein Zutrauen müssen wir haben zu einem Manne, dem eine solche Großtat gelang. . . . Wir sind stolz darauf, daß wir einen Führer haben. Bewegten Herzens gedenken wir in dieser Feierstunde unseres großen Führers und grüßen ihn voll unbegrenzten Vertrauens mit einem dreifachen. . . .“

Und in seinem Vortrag 1938 rief er seiner Zellstoff-Gefolgschaft unter anderem zu:

Dieses dritte Reich ist wieder auf tiefem und breitem Grund gebaut, bereit, ein neues Jahrtausend zu überdauern. Wir aber, die wir diese Tage (Ueberfall auf Oesterreich. Die Red.) miterleben dürfen, blicken voll Bewunderung auf seinen Erbauer Adolf Hitler und erleben vom Himmel, daß er uns lange erhalten bleiben möge, damit er sein großes Werk weiter ausbauen und seiner Vollendung entgegenführen kann.

Am 20 Juli 1944 sandte er zur „Errettung des Führers“ ein Glückwunschtelegramm, während er bereits anlässlich des Ueberfalles auf Rußland an der Anschlagtafel des Werkes die Gefolgschaft auffordert, dem Führer die Treue zu bewahren und mitzuhelfen am Endsieg.

Daß er bereits schon 1940 in Briefen die Leistungen gegen „den letzten Feind England“ verherr-



licht und weiter betont, daß niemand über den Ausgang des Krieges im Zweifel sein kann, sei nur ergänzend bemerkt.

Während also dieser Waldhof-Gewaltige, Direktor Schmidt, schon 1938 seine Verherrlichungs- und Hetzparolen in die Welt hinausgeschleuderte und diese Reden in Tausenden von Exemplaren in den gesamten über Deutschland verstreuten Konzernbetrieben von Südbayern bis nach Tilsit verbreitet wurden, gebärdet er sich heute als das Unschuldslamm, der überhaupt nie innerlich mit der Partei etwas zu tun hatte, aber nicht nur er allein scheint vergessen zu haben, welche unseligen Folgen solche

Reden von Männern in der Position eines Konzerndirektors hatten, sondern auch die Spruchkammer Mannheim scheint einen Standpunkt einzunehmen, der keinesfalls verantwortet werden kann. Wie wir von mehreren Seiten erfuhren, soll nicht nur Herr Schmidt in

nichtöffentlicher Sitzung

verhandelt werden, sondern man sehe auch seine ganzen Reden als „reine kulturhistorische Betrachtungen“ an, die noch nicht einmal zum Prädikat des Minderbelasteten reichen würden.

Eine größere Lächerlichmachung der Säuberungsbestrebungen kann man sich wirklich nicht mehr denken. Wenn wir auch schon öfters einen mysteriösen Verlust von vorgelegten Dokumenten bei der Spruchkammer feststellten, so scheinen doch gerade im Falle des Dr. Schmidt Kräfte am Werk zu sein, die daran interessiert sind, belastete Pgs unter allen Umständen in ihren einflußreichen Aemtern zu halten. Warum zieht die Spruchkammer nicht auch noch den Führerverherrlichungsartikel in einer Wirtschaftszeitung zu den Akten? Eigenartigerweise soll ausgerechnet gerade diese Wirtschaftszeitung sich nur noch bei der Militärregierung befinden. Oder glaubt die Spruchkammer, daß Dr. Schmidt anlässlich seiner Nordlandfahrt mit den Größen des Dritten Reiches mit diesen nur Skat spielte? Es muß schon als Skandal bezeichnet werden, wenn man die kleinen Pg-Angestellten, Geschäftsleute und Handwerker in öffentlicher Sitzung mit der vollen Schwere des Gesetzes belangt und „hängt“, während man auf der anderen Seite eine Konzerngröße trotz Vorliegens schwerster Belastungsmomente in nichtöffentlicher Sitzung als Mitläufer deklarieren und laufen lassen will.

Die Flut der Zuschriften und Beschwerden gerade in diesem Falle veranlassen uns, die Öffentlichkeit zu fragen:

In welche Kategorie würden Sie Dr. Schmidt einreihen?

Wir bitten alle unsere Leser um ihre Meinungsäußerung, wie nach ihrer Auffassung dieser Konzerngewaltige einzureihen wäre. Wir werden nicht verfehlen, sowohl der Öffentlichkeit, wie auch der Spruchkammer, das Resultat bekanntzugeben.

Unter der Lupe

Mannheim

Sehr rätselhaft mutet beim Ernährungs- und Wirtschaftsamt der Oststadt in der letzten Zeit das Verschwinden von Anträgen und Bezugsscheinen für Spinnstoffe und Schuhe an. In einem Falle wird einer weiblichen Berufstätigen mitgeteilt, daß sie ihren Schuhbezugsschein abholen könne. Bei der Vorsprache wird ihr die Auskunft, daß über diesen Schein bereits anderweitig (?) verfügt sei. In anderen Fällen werden von der schaffenden Bevölkerung Anträge eingereicht, die nach wochenlangem Warten einfach nicht mehr aufzufinden sind. Auch hier scheint es an der Zeit zu sein, einmal klare Verhältnisse zu schaffen.

Wertheim

Auch hier scheint sich noch nicht herumgesprochen zu haben, daß die belasteten Pgs. heute kurz zu treten haben.

Während des Bürgermeisterwechsels 1940 wurde vom Wohnungsamt Wertheim mit Zustimmung des Herrn Landrats Götz eine städtische Wohnung im Haus Brombergweg 3 mit insgesamt drei Räumen, Badbenutzung, Speicher- und Kelleranteil vergeben. Wer nun aber glaubt, daß hier eine größere Familie untergebracht wurde, scheint die Wege der dominierenden CDU noch nicht zu kennen. Der derzeitige Bewohner nämlich, der mit seiner Frau allein diese städtische Wohnung innehat, ist ein

Herr Heinrich Ries.

Wer ist dieser Herr Ries, geb. 16. 5. 83 in Waldenhausen?

- 1. Ehemaliger Direktor der Zellstoff Waldhof in Iltsit;
2. Ehemaliger Wehrwirtschaftsführer in Ostpreußen von 1937-1939;
3. Ehemaliger Präsident der Industrie- und Handelskammer von Ost- und Westpreußen ab 1943;
4. Ehemaliger Pg. seit 1933;
5. Ehemaliger Jahresgehaltsempfänger (1938) von sage und schreibe 55 000,- RM.

Wie ist es möglich, daß Ries, der in Waldenhausen eine Wohnung hatte, nach Wertheim die Zuzugsgenehmigung und als belasteter Pg. sogar eine städtische Wohnung mit so viel Wohnraum bekam, während hunderte von Flüchtlingsfamilien und Ausgebombten unter den ungünstigsten Verhältnissen leben?

Vielleicht gibt der Herr Landrat der empörten Öffentlichkeit die nötige Aufklärung!

Friedrichsfeld

Bereits in den Jahren 1933-35 fiel der an der Friedrichsfeldschule tätige Lehrer Hohmeiser dadurch auf, daß er bei besonderen Anlässen per EK I am Zivilrock mit stolzgeblähter Brust seinen Schülern den Militarismus vordemonstrierte und als Führer der Kriegerkameradschaft eine führende Rolle spielte. Sicherem Vernehmen nach soll er als Major Dienst getan haben und ist heute, wie es sich auch für diese Herren gehört, bereits wieder als Lehrer in Mannheim-Seckenheim tätig. Es sollte uns nicht wundern, wenn sich Herr Hohmeiser heute als Antifaschist ausgibt.

Mingolsheim

Wie wir erfahren, ist inzwischen der aus dem Dritten Reich sattam bekannte

Karl Schwarz,

nachdem er, wie es sich für einen belasteten Nazi standesgemäß geziemt, mit seinem Auto, vollgepackt mit Entlastungszeugen zur Spruchkammer Bruchsal fuhr, nunmehr als Minderbelasteter durch die Schwarz-Weiß-Mühle gelaufen.

Daß er trotzdem heute wieder einen schwinghaften Mehlhandel zur Versorgung der demokratischen Bevölkerung betreibt, dürfte wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß er als Treuhänder eines Mann hatte, der selbst alter Pg. aus dem Jahre 1937 war.

Wilferdingen

In unserer Nr. 7 berichteten wir, daß dem Metzgermeister

Albert Zachmann

Fleischmarken in Höhe von 300 Pfund gefehlt hätten und er dafür vom Wirtschaftsamt Pforzheim-Land mit einer Buße von 300 Mk. belegt worden sei.

Der Herr Landrat in Pforzheim schickt uns nun eine „Berichtigung“, die wir um so lieber bringen, als er darin betont, daß die Fehlmenge nicht 300 Pfd., sondern 197 Kilo, also 394 Pfund, betrug und außerdem nicht das Wirtschaftsamt Pforzheim-Land, sondern das Landesernährungsamt Karlsruhe die Strafe von 300 Mk. ausgesprochen habe. Im übrigen habe er von der Angelegenheit erst durch unsere Presse-Veröffentlichung Kenntnis erhalten!!!

Und da behauptet man immer, eine Parteipresse wäre nicht notwendig.

Heinsheim

Schor öfters waren wir gezwungen, den jetzigen Bürgermeister und Synagogenbesitzer

August Kühner

der Öffentlichkeit vorzustellen. Bekanntlich hatte er es im Dritten Reich verstanden, die damalige Synagoge für den Spottpreis von 600-800 Mark zu erwerben. Auf diese wahrheitsgemäße Berichterstattung sah sich der Herr Synagogenbesitzer bemüht, die Justizbehörde gegen uns in Bewegung zu setzen. Er bestritt in seinen Angaben, jemals Beziehungen zum Dritten Reich gehabt zu haben, außerdem sei es nur dem Eingreifen einer Mosbacher Stelle zu verdanken, daß man ihn als „Nazigegner“ nicht von seinem Fleischbeschauerposten enthoben habe.

Um der zuständigen Stellen die Untersuchung zu erleichtern, möchten wir noch auf folgende interessante Umstände hinweisen:

- 1. Herr Kühner behauptet u.a., daß ihm sein Bauholz im Dritten Reich zum Teil gestohlen, zum Teil kaputt gegangen sei. Wir, die wir nicht der CDU angehören, stellen fest, daß Herr Kühner anscheinend vergessen hat, daß von diesem Holze ein fabelhafter Unterstand gebaut wurde, der heute noch steht.

Siedlung oder Bodenreform?

Auf den einfachsten Nenner gebracht, soll die von den Kommunisten geforderte Bodenreform den Herren Adeligen, den Herren Kriegsgewinnlern und Kriegsverbrechern das Land wegnehmen, damit den Zwerg- und Kleinbauern gesunde Bauernwirtschaften schaffen und den bäuerlichen Neubürgern eine neue Existenzgrundlage geben.

Statt einer Bodenreform wurde das „Gesetz Nr. 65 zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform“ vom 30. 10. 40 verkündet. Wohlgerichtet „und zur Bodenreform“. Die Kommunistische Partei hat sofort nach Verkündung dieses Gesetzes dessen bauernfeindlichen Charakter enthüllt. Dieses Gesetz, das den Großgrundbesitz weitgehend schont, soll bei den Bauern eine Feindschaft gegen eine Bodenreform überhaupt hervorrufen.

Nachdem nun die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz Nr. 65 vorliegen, kann kein Zweifel mehr bestehen, daß dieses Gesetz in der Hand rücksichtlicher Kräfte zu einem Werkzeug gegen die Bauern wird, welche gegen die teils offene, teils versteckt ausgeübte Diktatur von Landräten, Bürgermeistern und sonstigen Herren aufzumucken wagen.

Die Durchführung der Siedlungsaktion liegt in Händen des Landessiedlungsausschusses, der aber nicht etwa demokratisch gewählt wird, sondern sich in der Hauptsache aus Regierungsvertretern, Landräten und Bürgermeistern zusammensetzt. Wenn man nun bedenkt, daß gem. Art. 3 Ziff. 2 des Gesetzes Betriebe zur Landabgabe herangezogen werden sollen, „die anhaltend und in erheblichem Maße schlecht bewirtschaftet werden“, oder nach Ziff. 3 „Betriebe, deren Inhaber ihrer Ablieferungs-

pflicht anhaltend und in erheblichem Maße schuldhaft nicht nachkommen“, wenn man liest, daß auch Grundeigentum von RM 20.000,- beginnend sowie Gemeindeland zur Abgabe herangezogen werden soll, dann kann man sich ein Bild davon machen, wie und zu wessen Lasten bei „dieser“ Zusammensetzung des Siedlungsausschusses diese sogenannte Bodenreform durchgeführt werden soll.

Um nun aber auch keinen Zweifel an der geradezu herausfordernden Begünstigung der Herren Großgrundbesitzer zu lassen, sieht der Art. 4, Ziff. 2 vor, daß Grundeigentum einer Erbengemeinschaft oder fortgesetzten Gütergemeinschaft als aufgeteilt und auseinander gesetzt behandelt wird, „sofern die notarielle Beurkundung der Aufteilung und Auseinandersetzung innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes“ in Kraft tritt. D. h. mit andern Worten: Man gibt den Herren ein ganzes Jahr Zeit, sämtliche Vettern und Tanten zusammenzutrommeln, das Land durch Scheinerbverträge unter sie aufzuteilen, um so der Landabgabe zu entgehen.

Die Kommunistische Partei macht sich auch hier zum Sprecher der wahren Volksinteressen. Sie hat daher einen Entwurf eines neuen Bodenreformgesetzes ausgearbeitet, den sie in Kürze dem Landtag vorlegen wird.

Bauern, nehmt Kenntnis von diesem Entwurf, den die Kommunisten eures Dorfes in den nächsten Tagen euch vorlegen werden. Vergleicht ihn mit dem bauernfeindlichen Siedlungsgesetz Nr. 65 und dann entscheidet selbst, wer für und wer gegen euch ist.

Ortsbeauftragte müssen gewählt werden

Die Bauern in Hemsbach haben in einer Ortsbauernversammlung nach demokratischen Grundsätzen sich ihren Ortsbeauftragten selbst gewählt.

In vielen Orten sind die Ortsbeauftragten bisher von oben herunter bestimmt worden. Das entspricht keineswegs dem, was in einer wirklichen Demokratie notwendig und selbstverständlich ist. Der Ortsbeauftragte muß das Vertrauen der Bauern der Gemeinde haben, er muß die Interessen der gesamten Bauern wahrnehmen und deshalb auch von allen Bauern gewählt werden.

Bauern! Besteht in allen Orten auf eure Rechte und laßt euch nicht von oben herunter vorschreiben, wer euer Vertreter sein soll. Folgt dem Beispiel der Hemsbacher Bauern und wählt eure Vertreter selber!

Der Graf im Siedlungsausschuß!

In den Kreissiedlungsausschuß Sinsheim wurde ein adeliger Großgrundbesitzer, der Graf von Dengelfeld-Schomburg gewählt. Für die Wahl dieses Junkers, der selbst 250 ha Land besitzt, ist der Landrat Dr. Gutermann und die CDU-Mehrheit im Kreisrat verantwortlich. Es kann sich jeder Bauer und jeder Neubürger im Kreise Sinsheim nunmehr selbst ausrechnen, was bei der Neusiedlung bzw. Bodenreform herauskommt, wenn ein solcher prominenter Vertreter der reaktionären Junkerschicht dazu berufen wird, maßgebend dabei mitzuwirken. Der Graf sieht seine Aufgabe selbst darin, „Maßnahmen gegen den Großgrundbesitz, die zu Beschwerden und zur Revision gefaßter Beschlüsse führen könnten, zu verhindern“. Mit anderen Worten, der Herr Graf wird dafür sorgen, daß die Großgrundbesitzer möglichst kein Land abzugeben brauchen, das Siedlungsgesetz gibt ja die Handhabe

dazu, und wenn doch gesiedelt werden muß, dann geht das eben auf Kosten der Bauern.

Jedenfalls ist es ratsam für die Bauern, hier die Tätigkeit des Kreissiedlungsausschusses genau zu beobachten und sich dagegen zu wehren, wenn man versuchen sollte, die Neusiedlung auf Kosten der Bauern durchzuführen. Nach wie vor muß verlangt werden, daß der Großgrundbesitz enteignet wird zugunsten der Kleinbauern und Kleinpächter, der Landarbeiter und Umsiedler.

Wie lange noch?

Table with 2 columns: Location/Owner, Area (ha). Rows: Heinsheim besitzen, Baron v. Racknitz (108,0 ha Wald, 51 Bauern), 51 Bauern (12,4 ha Wald).

Soll das so bleiben? Wie lange zögert man noch, in der amerikanischen Zone eine wirkliche Bodenreform durchzuführen und den Großgrundbesitz der adeligen Junker zu enteignen?

Der Junker hat sich Land errafft, gebt's dem, der selber Nahrung schafft.

So werden die Bauern ausgebeutet

In Hochstetten bei Karlsruhe mußten die Bauern für einen Zentner Kleie 10 Mk. bezahlen. Die Kleie hat dazu noch einen geringen Nährwert, weil das Getreide sehr stark ausgemahlen ist. Der Bauer, der diesen unverschämten Preis für die Kleie zahlen mußte, bekommt für einen Zentner Getreide nur 9,40 Mark.

Es ist wohl verständlich, daß durch solche Verhältnisse die Ablieferungsfreudigkeit der Bauern nicht gehoben wird.

Der Konsumverein hat dieselbe Kleie späterhin für nur 6 Mk. pro Zentner verkauft.

Was sagen die zuständigen Behörden zu dieser Ausbeutung der Bauern?

- 2. Herr Kühner bestreitet, jemals Beziehungen zum Dritten Reich gehabt zu haben. Wir stellen fest, daß bereits am ersten Gedenktag für die „Blutopfer“ der Partei nach der „Machtergreifung“ Herr Kühner die Gefallenenehrung durch eine bombige Festrede vornahm und anschließend am Denkmal im Namen der Partei einen Kranz niederlegte. Außerdem war er im Dritten Reich maßgeblich an der Führung der Hofbegehungskarten, sowie bis kurz vor dem Zusammenbruch unter Assistenz des damaligen Ortsbauernführers bei den Fruchtbodenrevisionen beteiligt.
3. Aus welchem Grunde entwickelt Herr Kühner heute eine solche väterliche Fürsorge für ehemalige Pgs? Wir erwähnen hier nur die Anstellung des Lehrers Kratz, des Rechnungsführers Lutz, eines Herrn Schmetzer, letzterer erhielt sogar ein von Goebbels gestiftetes Radio.
4. Kühner behauptet, und dies tut auch Herr Landrat Dörzbacher, daß er im Jahre 1938 „bestürzt“ worden sei, die Synagoge wegen Bau-fälligkeit zu kaufen. Wie einwandfrei feststeht, wurde die Synagoge mit dem gesamten Grundstück auf RM 4000,- geschätzt und zwar von dem damaligen Gemeinderat und späteren Bürgermeister Berg im Beisein des ehemaligen SA-Obersturmbannführers Reichert. Kühner und Reichert erklärten lachend den Preis für Irrsinn und setzten denselben willkürlich auf RM 600,- bis 800,- fest. Wenn Kühner angeblich Nazigegner war, so ist nicht zu verstehen, warum der SA-Obersturmbannführer Reichert ausgerechnet ihm die Synagoge zuschusterte.
5. Kühner behauptet weiter, er habe den jüdischen demolierten Friedhof durch ehemalige Pgs in mehreren Sonntagsarbeiten instandsetzen lassen. Auch hier stellen wir eindeutig fest, daß dieser Friedhof überhaupt nicht demoliert war. Daß aber Herr Kühner einen beliebigen Erdfleck der Alliierten Behörde gegenüber als angebliches Russengrab bezeichnete, obwohl dieser verstorbene Russe seiner Zeit 10-15 Meter davon entfernt verscharrt wurde, mag das Bild dieses christlichen CDU-Bürgermeisters vervollständigen. Obwohl die vorgenannten wie noch mehrere andere Umstände dem zuständigen Landrat Dörzbacher vollauf bekannt sind, hält er es nicht für notwendig, ein Disziplinarverfahren gegen diesen Bürgermeister einzuleiten. Anscheinend findet es Herr Dörzbacher für absolut richtig, genau wie im Falle seines CDU-Bürgermeisters Steck in Strümpfelbrunn, daß als Repräsentanten seiner Gemeinde Leute sitzen, die alles andere sind, als Demokraten.
In 26 von 30 Anklagepunkten hat der Strafrichter in Mosbach den CDU-Bürgermeister Steck in Strümpfelbrunn für belastet gehalten, in nicht weniger zahlreichen Fällen hält die Öffentlichkeit Herrn Kühner als belastet, und wie stellt sich hierzu Herr Landrat Dörzbacher?
Sage mir, mit wem du umgehst....

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10 Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim, S 3, 10, Tel. Nr. 43280. Auflage: 50.000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R L. Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Stuttgart, Fr. 10, 4, 46.